

4. Massnahmen zur Eindämmung der übermässigen Vermehrung von Freigängerkatzen

Postulat Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), Isabel Bartal (SP, Zürich), Wilma Willi (Grüne, Stadel), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch) vom 31. Mai 2021

KR-Nr. 208/2021, RRB-Nr. 1030/15. September 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat beantragt, dem Kantonsrat das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 15. September 2021 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich): Viele Leute wollen es nicht einsehen, aber ja, wir haben ein Problem mit der Katzenpopulation in der Schweiz und auch im Kanton Zürich. Diejenigen Leute, die im städtischen Umfeld leben, merken auch nichts davon und behaupten deshalb, dass es dieses Problem nicht gebe. Doch mit Negieren erreichen wir nichts, sondern überlassen die herrenlosen Tiere den Tierschutzorganisationen, die sich freiwillig und unter grossem Stress den vielen Tieren annehmen, sie verarzten und pflegen. Mit 1,6 Millionen Exemplaren sind Katzen in der Schweiz das zweitbeliebteste Haustier, davon haben circa 1 Million Auslauf ins Freie, sogenannte Freigänger. Bei 100'000 bis 300'000 Katzen handelt es sich um verwilderte oder streunende Tiere, die oft im Wald leben. Freilaufende Katzen sind nachweislich eine echte Bedrohung für unsere Biodiversität, und um diese steht es bekanntlich bereits schlecht. Gemäss einer französischen Studie wird die Todesursache von Vögeln auf bis zu 25 Prozent auf Katzen zurückgeführt. Dabei sind verwilderte Hauskatzen das grösste Problem für Vögel. Viele Länder sind dieses Thema bereits mit Massnahmen und Gesetzen angegangen. Erstaunlicherweise gibt es für die Haltung einer Katze in der Schweiz und im Kanton Zürich nahezu keine Bestimmungen. Die Haltung eines Tieres, also auch einer Katze, ist jedoch verbunden mit verschiedenen Verpflichtungen, einerseits gegenüber dem Tier selber – ich muss mich um sein Wohlergehen und um seine Gesundheit sorgen –, aber andererseits auch gegenüber der Umwelt, die ich vor Kollateralschäden, die von meinem Tier ausgehen, schützen muss. Die Haustierhaltung entspricht definitiv nicht einer natürlichen Lebensweise. Den für uns Menschen gezüchteten Haustieren die Möglichkeit zu bieten, sich frei und unkontrolliert zu vermehren, widerspiegelt eine romantisierte Sicht des Menschen auf die Tiere. Sie tun ihnen damit keinen Gefallen, auch dem Nachwuchs nicht, der entweder auf grausame Art und Weise getötet und entsorgt, zu Dumpingpreisen weiterverteilt oder eben ausgesetzt wird, was das Grundproblem nur weiter anfeuert. Schätzungsweise 100'000 Kätzchen werden in der Schweiz pro Jahr auf grausame Weise getötet. Dieser Zustand ist moralisch nicht tragbar.

Zur Erläuterung, wo der Kern des Problems liegt: Der Anstieg der Katzenpopulationen liegt darin begründet, dass unkastrierte Freigängerkatzen von Privatpersonen zusammen mit herrenlosen Tieren ständig für unkontrollierten Nachwuchs sorgen. Das führt vor allem bei den verwilderten Katzen zu grossem Leid und

vielen Krankheiten. Wir sind als Politikerinnen und Politiker also in Zugzwang. Mit unserem Postulat fordern wir die Regierung auf, darzulegen, wie dem rasanten Populationswachstum effizient begegnet werden kann.

Gerne möchte ich ein paar Vorteile der genannten Massnahmen nennen: Die im Postulat aufgeführte Chip-Pflicht hilft den Behörden dabei, streunende Katzen einem Halter zuzuordnen und festzustellen, ob es sich allenfalls um ein wildlebendes Tier handelt, und schneller aktiv zu werden. Durch eine Melde- und Chip-Pflicht wird der wichtige Erstkontakt zum Tierarzt aufgebaut, der den Halter für eine mögliche Kastration sensibilisieren und deren Vorteile für das Tier aufzeigen kann. Heute werden Halter zwar dazu aufgefordert, ihre Tiere zu kastrieren, aber da dies offensichtlich nicht ausreichend geschieht, ist eine nennenswerte Auswirkung auf die Population bisher ausgeblieben. Heute wird die wirkungsvolle Umsetzung dieser absolut zumutbaren Massnahmen für all diejenigen Menschen, die eine Katze halten möchten, weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene präzisiert oder kontrolliert. Das Fehlen einer sachgemässen Populationskontrolle steht im krassen Gegensatz zur Tierschutzverordnung, in der explizit festgehalten ist, dass Tierhalter alles Zumutbare tun müssen, um zu verhindern, dass sich ihre Tiere übermässig vermehren. Gemäss dem eidgenössischen und kantonalen Jagdgesetz dürfen verwilderte Katzen ausserdem das ganze Jahr über bejagt werden, und das ist keine tierfreundliche Massnahme.

In der Antwort des Regierungsrates wird zugestanden, dass die unkontrollierte Vermehrung der Heimkatzen ein Problem sein kann. Ebenfalls wird die dadurch entstehende Bedrohung, beispielsweise für Amphibien und andere wildlebende Tiere, anerkannt. Die aufgeführte Meldepflicht ist jedoch keinesfalls als Nachteil, sondern als Teil der Problemlösung anzusehen. Wieso sollen Hunde und andere Tiere angemeldet, ihre Schulung sowie medizinische Versorgung berechtigterweise streng überwacht werden, die Haltung von Katzen jedoch, im Wissen um all die damit einhergehenden Risiken für die Tiere selber und die Kollateralschäden für die Biodiversität, ohne etwelche Verpflichtungen einhergehen? Auch stellt eine Kastration der Tiere kein Problem für das Veterinäramt dar, sondern sollte bei den Tierärzten angesiedelt werden, die die Umsetzung zu überwachen haben.

Wir verbleiben klar bei der Überweisung des Postulates und fordern die Regierung auf, in diesem für die Tiere sehr wichtigen Thema aktiv zu werden und mit einfachen Massnahmen viel Tierleid zu verhindern. Betonen möchte ich auch, dass es sich dabei nicht um ein Thema handelt, welches einer Partei oder einer politischen Gesinnung zugeordnet werden kann. Es gibt keinen plausiblen Grund, diese zumutbaren Massnahmen nicht umzusetzen und die vorherrschenden Umstände nicht zu verändern, in denen die Tiere nachweislich grossen Schaden nehmen und unnötig leiden. Das ist auch die Haltung von zahlreichen Tierschutzorganisationen und von Tierheimen, hören wir also auf sie. Ich freue mich, dass wir heute in so einer breiten Allianz dieses Thema im Kanton Zürich adressieren und viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier in diesem Ratssaal dieses Thema vorbildhaft angehen möchten. Bitte überweisen Sie dieses Postulat. Besten Dank.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen): Bekanntlich erfreuen sich Katzen einer grossen Beliebtheit, in der Schweiz gibt es gemäss Schätzungen circa 1 Million sogenannter Freigänger. Davon soll circa ein Fünftel, also circa 200'000 Tiere, streunend oder verwildert sein. Diese herrenlosen, nicht kastrierten Katzen vermehren sich, verbreiten Krankheiten, haben nicht genug Nahrung und natürlich auch keine medizinische Versorgung. Viele dieser Katzen sterben deshalb qualvoll.

Es ist daher sicher gerechtfertigt, hier von einem Problem im Zusammenhang mit dem Tierschutz zu sprechen. Gemäss Tierschutzverordnung Artikel 25 Absatz 4 müssen die Tierhalter alles Zumutbare unternehmen, damit sich die Katzen nicht übermässig vermehren. Bei unkastrierten Freigängerkatzen ist das jedoch ziemlich schwierig. Eine Pflicht zur Chip-Implantation würde sicher zu einer Entspannung führen. Eine Chip-Pflicht stellt für den verantwortungsbewussten Tierhalter kein Problem dar, im Gegenteil, ist es für diesen doch gut zu wissen, dass die Chance auf das Auffinden seiner abgängigen und vermissten Katze damit deutlich erhöht wird. Wer selber schon mal auf der Suche nach seiner abgängigen Katze war, weiss, wovon ich spreche. Die Sorgen und Umtriebe, bis das geliebte Tier wieder zu Hause ist, sind aufreibend und wirklich emotional belastend. Zukünftige Katzenbesitzer müssten sich bei einer Chip-Pflicht bereits vorher dazu Überlegungen machen und sich auch mit der Frage betreffend Kastration rechtzeitig auseinandersetzen. Denn vielfach ist es ja so, dass nicht wenige Tierhalter diese Kosten scheuen. Bei der Kastration würden wir von der FDP von einer Pflicht absehen und weiterhin auf die Empfehlung beziehungsweise Sensibilisierung der Tierhalter und eine direkte Beratung durch den Tierarzt setzen. Nur noch gezüchtete Rassekatzen sind auch nicht unser Ziel. Offenbar gibt es auch noch ein grosses Optimierungspotenzial bei den Kastrationskampagnen für streunende Katzen. Es gibt zwar tierschutzrechtliche Bestimmungen und die zuständigen Behörden hätten sowohl Kompetenzen wie Handlungsspielräume. Aber bei der Umsetzung hapert es dann beträchtlich. Hier sind wir gespannt auf konstruktive Ideen des Veterinäramtes. In Verbindung mit der Chip-Pflicht könnten auch vernachlässigte Tiere schnell identifiziert und so auch deren Halter ausfindig gemacht werden. Bitte überweisen Sie dieses Postulat und leisten Sie damit einen Beitrag, grosses Tierleid zu verhindern oder zumindest stark zu verringern. Vielen Dank.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): «Naschkatze», «nachts sind alle Katzen grau», «Katzenwäsche», «Katzenjammer», enorm viele Redewendungen im Zusammenhang mit Katzen haben sich in unserem Sprachgebrauch etabliert. Ja, die Katze gehört klar zu den beliebtesten Haustieren in der Schweiz. Fast in jedem dritten Haushalt gehören die Vierbeiner zu den Mitbewohnern der Menschen. In unserem Postulat weisen wir auf die Problematik der Freigängerkatzen beziehungsweise der übermässigen Vermehrung solcher hin. Kastrierte Freigänger zeigen eine deutlich höhere Lebenserwartung gegenüber unkastrierten Katzen auf. Ebenso zeigen sie keine Rolligkeits-Symptome und hinterlassen keine übelriechenden Markierungen. Persönlich finde ich es toll, wenn sich Katzen in der

freien Natur bewegen können, denke aber, dass es speziell während der Paarungszeit für die Vierbeiner zu einer Qual werden könnte und wir diesen Tieren vielleicht gar nur einen mässigen Gefallen tun. Es wäre alsdann begrüssenswert, eine Chip-Pflicht und allfällige Kastrations-Pflicht für Freigängerkatzen zu prüfen.

Stand heute gibt es ja in der Schweiz circa 200'000 streunende Katzen, um welche sich niemand kümmert. Hier machen sich Unterernährung, Krankheiten oder Revierkämpfe breit. Der Anstieg der Katzenpopulation liegt darin begründet, dass unkastrierte Freigängerkatzen von Privatpersonen zusammen mit streunenden Tieren ständig für weiteren Nachwuchs sorgen. Und dies steht im eklatanten Gegensatz zur Tierschutzverordnung, welche explizit festhält, dass Tierhalter alles Zumutbare tun müssen, um zu verhindern, dass sich ihre Tiere übermässig vermehren. Trotzdem findet bei Katzen keine sachgemässe Kontrolle statt. Bei den sich im Freien bewegenden Katzen ist ja oft nicht nachvollziehbar, ob es sich um wildlebende Tiere oder Freigänger handelt. Dem könnte eben mittels einer Chip-Pflicht effizient begegnet werden.

Dass dem Veterinäramt hiermit ein zusätzlicher, grosser administrativer Aufwand übertragen würde, scheint in Bezug auf das Leiden der Tiere eine untergeordnete Rolle zu spielen, meine ich. In diesem Sinne möchten wir Sie bitten, das Postulat zu überweisen. Die Mitte wird es tun. Herzlichen Dank.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Ich mache meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin Präsidentin des Naturschutzvereins in Stadel und Regionalgruppenleiterin von BirdLife (*Vogelschutzorganisation*) im Bezirk Dielsdorf. Ich beschäftige mich also in meiner Freizeit mit dem Thema «Biodiversitätsverlust».

Wie wir alle wissen, sind Katzen wunderbare Tiere. Aber auch jedes Kind weiss, dass Katzen wirklich Superjäger sind. Wenn uns der Regierungsrat nun in seiner Antwort vom 15. September 2021 schreibt, dass die Einwirkung freilaufender Katzen auf andere Tierbestände problematisch sein könnte, aber es nicht klar sei, ob dies in der Schweiz zutreffen würde – dies, weil systematische Untersuchungen fehlen würden –, dann frage ich mich und ich frage Sie: Wieso sollen ausgerechnet Zürcher oder Schweizer Katzen hier eine Ausnahme bilden? Diese Antwort zeigt auch, dass wir immer noch das Problem haben, dass wir im Kanton Zürich, im Gegensatz zum Kanton Aargau zum Beispiel, keine generelle Erhebung über den zeitlichen Verlauf der verschiedenen Artenbestände durchführen, wie die Antwort auf meine Anfrage 129/2022 auch bestätigte. Wenn uns sogar «20 Minuten» (*Gratiszeitung*) am 2. Mai 2022 berichtete, wie die Vogelwarte Sempach herausfand, dass Katzen mit einer bunten Halskrause 37 Prozent weniger Vögel töten. Und wenn dieses noch mit einem Glöckchen versehen ist, dann erbeuten sie insgesamt 60 Prozent weniger Tiere – also Problem erkannt.

Wir sind mitten in einer Biodiversitätskrise und wir schulden es unserer Nachwelt gerade jetzt, alles zu unternehmen, um die noch vorhandenen wildlebenden Lebewesen und die wenigen verbliebenen Populationen dieser Arten zu schützen. Gemäss Artikel 25 Absatz 4 der Tierschutzverordnung müssen Tierhalter dafür sorgen, dass sich ihre Tiere nicht übermässig vermehren. Wer kontrolliert dies? Die Frage ist rasch beantwortet: Also meines Erachtens niemand. Die Motion, die im

Jahr 2018 durch FDP-Nationalrätin Doris Fiala eingereicht wurde, verlangte bereits diese Kastrationspflicht. Der Bundesrat beteuerte, dass dies in der Kompetenz der Kantone liegen würde. Und darum stehen wir jetzt heute hier und fordern die Ausarbeitung dieser Regelung ein. Es genügt nicht, dass der Regierungsrat angibt, dass die verschiedenen kantonalen und kommunalen Behörden über die nötigen gesetzlichen Kompetenzen und Handlungsspielräume verfügen würden, um durch Einzelmassnahmen und/oder Programme gezielt auf problematische Haltungssituationen einzuwirken.

Was passieren wird, wenn die Kastrationspflicht und Chip-Regelung nicht für Katzen mit Freilauf eingeführt werden, lesen wir im neuen Jagdgesetz des Kantons. Dieses Gesetz trat am 1. Januar 2022 in Kraft und Paragraf 22 lautet wie folgt: «Die Jagdgesellschaft und die Jagdaufsicht dürfen Katzen erlegen, die sich mehr als 300 Meter vom nächsten Wohn- oder Wirtschaftsgebäude entfernt im Wald oder in einem Naturschutzgebiet aufhalten und die aufgrund ihres Verhaltens und Erscheinungsbildes als verwilderte Tiere gelten müssen.» Also, diese Katzen dürfen erschossen werden.

Diese Massnahmen können wir mit diesem Postulat vermeiden, und es stellt sich weiter wirklich die Frage, ob der Regierungsrat heute, mehr als zwei Jahre nach seiner Beantwortung, nicht vielleicht doch gemerkt hat, wie schlecht es um die Artbestände und die Biodiversität steht. Dieses Postulat rettet also Katzenleben, das möchten wir ja wirklich alle. Überweisen Sie wie wir Grünen das Postulat, um mit guten Massnahmen, erstens, der Pflicht zur Unterbindung der Freigängerkatzen und, zweitens, einer Chip-Pflicht auch etwas zum Erhalt der Artenvielfalt in unserem Kanton beizutragen. So können Leben gerettet werden, nämlich Katzenleben und Wildtierleben. Stimmen Sie deshalb bitte zu und überweisen Sie das Postulat.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Ich bin sehr erstaunt, über was wir alles im Kantonsrat reden. Aber zuerst wollte ich deklarieren, dass wir zu Hause eine Katze haben. Sie ist 15-jährig und selbst verständlich kastriert, aber nicht gechipt. Aber in den gefühlten zwei Jahren, in denen dieses Geschäft auf der Traktandenliste war, hat die Katze das Zeitliche gesegnet und somit ist das Deklarieren hinfällig. In der Schweiz gibt es über 1,6 Millionen Katzen, davon haben circa 1 Million Auslauf ins Freie, und um die Freigängerkatzen geht es in diesem Postulat, also Hauskatzen mit Freilauf, und es geht auch um die Katzen auf den Höfen von Bauern. Dieses Postulat ist für die Katz, wie man es im Volksmund sagt.

Die Antworten zu diesem Postulat kann man in der Antwort des Regierungsrates zu Kantonsratsnummer 300/2020 «Katzenschutz im Kanton Zürich» nachlesen. Es braucht keine zusätzlichen Auflagen für die Haltung einer Hauskatze, es ist im Tierschutzgesetz genug geregelt. Die Tierschutzgesetzgebung regelt das Verhalten der Menschen im Umgang mit Tieren mit dem Ziel, deren Würde und Wohlergehen zu schützen. Kontrollen finden schon statt durch das Veterinäramt des Kantons Zürich. Das Amt erhält Meldungen aus der Bevölkerung und geht diesen nach. Am meisten werden die Bauern kontrolliert. Es braucht keine zusätzlichen Mitarbeiter im Kanton Zürich, die die Katzenhaltung kontrollieren. Persönlich

finde ich 600'000 eingesperrte Katzen in unserem Land eine Zumutung für die Tiere. Dort müsste man etwas machen. Sind das nicht die Personen, die den Bauern Vorschriften machen, wie sie Tiere zu halten haben und wie viel Freilauf diese brauchen? Wir, die SVP/EDU-Fraktion, sind gegen neue unnötige Arbeitsstellen, unnötige Gesetze, unnötige Vorschriften und Gebühren. Und die SVP glaubt an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons. Wir lehnen das unnötige Postulat ab.

Isabel Bartal (SP, Zürich): In der Debatte um Haustiere gibt es kontroverse Meinungen, wie eben gerade gehört. Einige finden es inakzeptabel, Haustiere zu halten, während andere sich ein Leben ohne Haustiere kaum vorstellen können. Ich gehöre eher zur letzten Gruppe. Politische Vorstösse, die sich mit Tieren oder dem Tierwohl befassen, haben es schwer. Dies zeigt sich oft in den Abstimmungsergebnissen und führt dazu, dass sie von vielen nicht ernstgenommen werden, eben sogar belächelt werden. Themen wie «Haustiere» werden in der Politik nicht gern diskutiert und nicht nur hier im Kantonsrat. Sie werden von vielen belächelt und sogenannte Büsi- und Hundethemen sind sehr unbeliebt in der Politik. Die können ja bekanntlich auch nicht abstimmen.

Ich habe zu diesen Themen eine klare Meinung. Es gibt zu viele Haustiere – vielleicht zu viele –, als dass die Politik sich heraushalten kann. Katzen und Hunde prägen das Bild unserer Dörfer und Städte, ob positiv oder negativ, sei dahingestellt. Im Kanton Zürich sind 66'654 Hunde registriert, während die genaue Anzahl der Katzen unbekannt ist. Für die Schweiz insgesamt wird für das Jahr 2022 von 1,8 Millionen Katzen gesprochen, wobei die Dunkelziffer hier sehr hoch ist. In Zürich gibt es mindestens 430 Katzen pro Quadratkilometer, wovon 70 Prozent ins Freie können, es gibt also sehr viele Katzen.

In seiner Antwort führt der Regierungsrat alle Argumente aus, die für die Annahme des Postulates sprechen. Ja, und es erstaunt nur, dass er es trotzdem ablehnen möchte. Das Postulat fordert eben keine Kastrationspflicht, wie in der Antwort des Regierungsrats behauptet wird. Es verlangt Massnahmen, die die Vermehrung von Katzen eindämmen. Unserer Meinung nach gibt es noch andere Möglichkeiten, die sinnvoll wären, wie zum Beispiel eine Meldepflicht für Katzen. Das wäre zumindest ein Anfang und würde zuverlässige Zahlen zur Katzenpopulation liefern. Denn wieso muss man Bello anmelden und Steuern für ihn bezahlen, während Felix unbekannt und gebührenfrei leben darf. Ich verstehe die Logik nicht. Ich staune jedoch über die nächtlichen Konzerte, wenn rollige Katzen um die Reviere kämpfen, was zu blutigen Auseinandersetzungen führt. Und das Argument – Sie entschuldigen – der Selbstverantwortung der Katzenbesitzerinnen und -besitzer greift hier nachweislich nicht. Denn in Bezug auf die Eigenverantwortung der Katzenbesitzerinnen besteht noch viel Verbesserungsbedarf.

Wir haben um ein Konzept für Massnahmen gebeten, und aus der Antwort des Regierungsrates geht hervor, wenn man das genau liest, dass ein solches Konzept schon gut wäre, aber dass das Geld dafür fehlt. Der Regierungsrat hat offensichtlich nicht die notwendigen Mittel, um zu handeln. Dies ist jedoch dringend not-

wendig, da die Umweltkosten durch die übermässige Vermehrung von Hauskatzen um ein Vielfaches höher sind. Der Kanton Zürich sollte nach Lösungen suchen und der Regierungsrat soll bitte endlich handeln. Es ist deshalb dringend notwendig, dass wir das Postulat überweisen und diese Herausforderung angehen. Und ich bin sicher: Die Katzen danken euch dafür.

Nicole Wyss (AL, Zürich): In den Grundzügen geht die Alternative Liste einig mit den Postulanten: Tierleid soll, wo immer möglich, verhindert und der Tierschutz ausgebaut werden. Auch der Gefährdung der Biodiversität wollen wir Einhalt gebieten. Katzen sind von Natur aus Jäger. Diverse Tiere fallen ihrem Jagdtrieb zum Opfer. Bei einer Überpopulation stellt dies ein Problem dar. Das Gleichgewicht der Tierpopulationen wird so empfindlich gestört. Und wie Kantonsrätin Aeschbacher angemerkt hat, sind auch Tiere der Roten Liste betroffen.

Bei den Chip- und Kastrationspflichten konnte die Fraktion der Alternativen Liste keine einheitliche Meinung finden. Für eine Minderheit der Fraktion geht diese Forderung eindeutig zu weit. Katzenhalter, die ihre Katzen auf freiwilliger Basis kastrieren, chippen und registrieren lassen möchten, können dies bereits tun. Eine Mehrheit der Fraktion findet es vertretbar, dass auch bei Katzen mehr reguliert wird, analog zu den Hunden. Hier schreibt das eidgenössische Tierseuchenrecht vor, dass alle seit dem 1. Januar 2006 geborenen Hunde mit einem Mikrochip markiert sein müssen. Daher hat die Fraktion der Alternativen Liste Stimmfreigabe beschlossen.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein): Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal zum Thema «Freigängerkatzen» sprechen darf. Ich wusste ehrlich gesagt bis vor einer Woche nicht, was ein Freigänger ist. Jetzt habe ich das herausgefunden. Bisher wusste ich einfach, dass die Katzen nach Wallisellen gehen. Und daher war ich natürlich nicht überrascht, dass dann die NZZ letzten Samstag auch die Untersuchung in Wallisellen gestartet hat, zu den Katzen in Wallisellen. Wenn sich Tiere unkontrolliert vermehren, dann haben wir schon heute als Halter die Pflicht, dem Einhalt zu gebieten. Und ich bin ja nicht Experte, was Katzen anbelangt, und ich habe dann gedacht: Was sagen denn die Profis? Ich habe dann mit Interesse gelesen, was das Veterinäramt meint. Und da stelle ich einfach fest, dass das Veterinäramt offenbar nicht das Gleiche meint, wie wir jetzt oft gehört haben. Das Veterinäramt sagt nämlich, dass die Anzahl der verwilderten Katzen nicht zugenommen habe. Und wir haben jetzt immer wieder gehört, wir hätten eine Explosion von verwilderten Katzen. Also Frage 1: Was stimmt jetzt? Und als Nichtexperte vertraue ich jetzt mal der Regierung und dem Veterinäramt.

Dann habe ich auch gelesen, dass bereits viele Halter von Katzen ihre Tiere kastrieren; auch ein neues Thema für mich. Ich habe dann etwas nachgelesen, wie es im Ausland ist, um zu wissen, wie hoch die Quote ist. Und dann habe ich gelesen, dass beispielsweise in Italien die Quote bei 70 Prozent liegt. Und dann habe ich ein weiteres Problem kreiert oder erhalten mit dieser Rede, denn wir sprechen ja von den Vögeln, die gefressen werden. Und das nervt mich auch. Aber auch kastrierte Katzen fressen Vögel (*Heiterkeit*). Sie vermehren sich vielleicht weniger,

aber ganz ehrlich: Wissen Sie, jetzt kommen wir zu einem Punkt, der vielleicht politisch etwas unkorrekt ist, aber wenn Sie Studien anschauen, verschiedene Länder, da gibt es im Schnitt für sieben Personen eine Katze. Und darüber wollen wir ja nicht sprechen, wir sprechen vom Kastrieren. Aber wenn wir im Schnitt pro sieben Personen eine Katze mehr haben, dann haben wir einfach zu viele Katzen, und darüber müsste man ja mal sprechen. Wenn ich jetzt aber vorschlagen würde, eine Katzensteuer einzuführen, dann wäre, glaube ich, meine politische Karriere definitiv beendet. Es würden dann auch einige, die die Steuern sparen wollen, einfach ihre Katzen erst recht verwildern lassen. Also, wir haben zu viele Katzen. Und ob sie jetzt kastriert sind – das sind Sie ja offenbar zu 70 Prozent – oder nicht, die fressen Vögel. Jetzt könnten Sie ja etwas machen als Katzenhalter, beispielsweise Mitte Mai bis Juli Ihre Katzen etwas länger im Haus behalten. Das sind ja Vorschläge. Die stammen übrigens nicht von mir, die stammen aus Deutschland, wo man beispielsweise sagt: eine Glocke um den Hals, wir haben es gehört, oder Mitte Mai bis Juli etwas mehr zu Hause. Oder die Grundsatzfrage, wie viele Katzen verträgt der Kanton Zürich oder eben auch Wallisellen? Von dem her: Das Problem sehen wir. Wir glauben aber nicht, dass das die richtige Lösung ist, und wir appellieren an die Halter und auch an die Personen, sich mal zu überlegen: Wie viele Katzen brauchen wir denn? Daher wird die EVP-Fraktion das Postulat ablehnen.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe der Debatte natürlich sehr interessiert zugehört. Herr Scognamiglio, ich gratuliere Ihnen zur ausgesprochen guten Idee der Katzensteuer, ich freue mich auf Ihren Entwurf. Ganz wichtig ist, dass wir da keine Vermischung kreieren. Wir haben hier ein Postulat und nicht eine Motion. Also wir debattieren jetzt nicht über einen Gesetzesentwurf, das wurde jetzt oft vermischt. Und was ich auch noch sagen wollte: Es ist natürlich interessant, Studien zu lesen, im Internet findet man zahlreiche spannende Ausführungen, national, international. Aber der Unterschied ist: Wenn man mit Beteiligten spricht, die, wo möglich, diese Verarztung der Tiere machen und sich echt um sie kümmern, dann bekommt man ein anderes Bild. Und das müssen wir ernst nehmen. Wir können das nicht negieren und uns hinter Studien und mangelnden Fachstellen und -kräften verstecken, denn wir müssen einfach dieser Tatsache ins Auge blicken und heute aktiv werden. Vielen Dank.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Ich versuche mich einigermaßen kurz zu halten. Die Katze – wir haben es gehört – gehört zu den beliebtesten Haustieren der Schweizer, auch der Zürcher Bevölkerung. Freigängerkatzen, also Katzen, die im Freien herumlaufen, stellen in aller Regel aber kein Problem dar. Also dieses vielzitierte grosse Problem können wir so nicht finden. Bereits heute nimmt die Schweizer Tierschutzgesetzgebung die Tierhalterinnen und Tierhalter in die Verantwortung. So müssen diese gemäss Artikel 25 Absatz 4 der Tierschutzverordnung die zumutbaren Massnahmen treffen, damit sich Katzen nicht übermässig vermehren. Im Vordergrund steht dabei die Unterbindung der Fortpflanzungsfä-

higkeit durch die Kastration der Katzen. Immer mehr Katzen wird zudem auf freiwilliger Basis ein Mikrochip implantiert. Auf diese Weise können davongelaufene Katzen einfacher identifiziert und wieder ihren Haltern zugeführt werden.

Kantonsrätin Bartal hat gesagt, mit diesem Postulat werde keine Kastrationspflicht gefordert. Da muss ich Ihnen widersprechen, ich habe soeben nochmals den Postulatstext gelesen: Es sei insbesondere eine Ergänzung der kantonalen Tierschutzbestimmungen zu prüfen mit einer Chip-Pflicht und Kastrationspflicht. Wir werden, wenn ich die Mehrheiten sehe, diesen Bericht natürlich erstellen. Aber ein Postulat ist eben ein Bericht und die Postulantin hat soeben selber gesagt: Wenn es dann konkret darum geht, eine Pflicht einzuführen, müssen wir das noch einmal anschauen.

Ich muss Ihnen aber sagen, dass der Regierungsrat diese umfassende Kastrations- und Chip-Pflicht ablehnt. Diese Regelung würde nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei Tierhalten einen unverhältnismässigen Aufwand bedeuten. Und Sie wissen es, neue Aufgaben bedeuten neue Stellen, die dann im Veterinäramt geschaffen werden müssten. Im Kanton Zürich leben geschätzt 300'000 bis 350'000 Katzen. Diese Chip- und Kastrationspflicht würde faktisch bedingen, dass diese Katzen in einem Register mit Geburt und Kastrationsdatum zu erfassen sind. Zum Vollzug würde dann nicht nur die punktuelle Kontrolle der korrekten Registrierung gehören, sondern Sie können sich vorstellen, auch eine Flut von Meldungen zu möglicherweise unkastrierten Freigängerkatzen, denn es wird dann sehr viele Meldungen ans Veterinäramt geben – so läuft es heute auch schon bei anderen Tieren, muss ich Ihnen sagen – mit der Frage: Ist diese Katze kastriert?

Das Veterinäramt selber erhält nur vereinzelt Tierschutzmeldungen zu lokal verwilderten Katzen. Dennoch wird das Veterinäramt das Postulat auch zum Anlass nehmen zu prüfen, wie mit entsprechenden Sensibilisierungsmassnahmen noch stärker auf das Thema aufmerksam gemacht werden kann. Wie gesagt, ich habe auch hier eine Mehrheit festgestellt für dieses Postulat. Der neue Veterinäramtschef Lukas Perler ist ja seit sechs Tagen im Amt, und es wird dann seine erste Aufgabe, diesen Bericht zu schreiben, nachdem seine Vorgängerin (*Kantonstierärztin Regula Vogel*) nach fast 30 Jahren in Pension gegangen ist.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 208/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.